



Holger Zastrow und Robert Malorny kämpfen mit Anwohnern für den Erhalt der alten Herkuleskeule

► Der Bürokomplex an der Könneritzstraße fiel im vergangenen Jahr dem Bagger zum Opfer, das Fernmeldeamt am Postplatz musste 2018 weichen. In den letzten 30 Jahren verschwanden viele Gebäude der Ostmoderne aus dem Stadtbild. Während wohl niemand dem Hotel am Terrassenufer nachtrauern würde, sind doch einzelne architektonische Perlen in Erinnerung geblieben. Dazu zählen die als Giraffen bezeichneten Lichtmasten des Rudolf-Harbig-Stadions, die Ladenpassage an der Webergasse (heute Altmarktgalerie), der kleine Glaskubus des ehemaligen Howa-Kaufhauses, oder auch das Hotel Astoria am Weberplatz. Aktuell steht ein weiterer Zeuge der Nachkriegsarchitektur auf der Abrissliste: Die alte „Herkuleskeule“ am Sternplatz 1. Lesen Sie mehr auf Seite 3.

FDP-Fraktion kämpft für den Citybeach

Gastronomen bangen in der Corona-Krise um ihre Existenz – dem Citybeach wird nach 15 Jahren nun auch noch die Nutzung der Wiesen am Elberadweg für seine Sonnenliegen untersagt. Die FDP-Fraktion machte Druck, mit Erfolg!

Ob Volleyball zum Feierabend, am Sonntag zum Click Clack oder gemütlich mit der Familie auf die Sonnenliegen – mitten in der City, direkt am Elberadweg. So kennen die Dresdner und Dresdnerinnen ihren Citybeach seit Jahren. Und seit Jahren gehören auch die Sonnenliegen und Schirme zwischen Radweg und der kleinen Sandsteinmauer am Stadtstrand dazu, denn seit 2005 wurde dem Betreiber im 5-Jahres-Turnus die Nutzung der Wiesenfläche am Elberadweg vor dem Areal Citybeach ununterbrochen genehmigt. Nun soll ihm diese Genehmigung versagt bleiben.

In einer ersten Begründung seitens der Stadt hieß es, dass „mit der Errichtung des Biergartens öffentliche Belange des Naturschutzes und der Landschaftspflege sowie des Hochwasserschutzes beeinträchtigt“ wären. Diese Kehrtwende der Genehmigungspraxis nach 15 Jahren ist nicht nachvollziehbar, war doch die Installation bisher nie ein

Hochwasserproblem, da weitestgehend mobil. Auch die Argumentation, dass „die illegale Nutzung auf den Elbwiesen [...] in den letzten Jahren lediglich nicht konsequent verfolgt“ wurde, ist wenig befriedigend und löst eher Verwunderung über die Arbeitsweise der Dresdner Stadtverwaltung aus. Vorschläge des Citybeach-Betreibers für eine konstruktive Lösung und eine Möglichkeit der weitergehenden Genehmigung wurden vorerst nicht aufgegriffen.

Hoffnung machte der Stadtratsbeschluss vom 23. April: Der Gastronomie soll die Erweiterung ihrer Sondernutzungsflächen unkompliziert ermöglicht werden. Weiterhin wurde die Stadtverwaltung aufgefordert, Ermessensspielräume im Genehmigungsverfahren zu Gunsten der Gastronomen voll auszunutzen. Eine Chance, die Posse um die Genehmigungspraxis der Stadtverwaltung für die Freiflächen des Citybeach zu beenden.

„Seit vielen Wochen setzen wir uns als FDP-Fraktion dafür ein, dass der Citybeach auch in diesem Jahr und darüber hinaus die Freiflächen am Elberadweg nutzen darf. Einen Eilantrag dazu hatte die Verwaltung zuletzt abgelehnt, mit der Begründung: auf reines Verwaltungshandeln hat der Stadtrat keinen Einfluss“, so Robert Malorny, Stellvertretender Fraktionsvorsitzender der FDP

im Dresdner Stadtrat. „Mit der Entscheidung zu den Sondernutzungsflächen am letzten Donnerstag (23. April; Anm. d. Red.) fordern wir die Stadtverwaltung nun auf, entsprechend zu handeln und die Festlegung des Stadtrates auf den Citybeach anzuwenden. Sobald Freisitze wieder öffnen dürfen, soll der Citybeach die Flächen am Elberadweg nutzen dürfen. Wir erwarten vom zuständigen

Geschäftsbereich und Baubürgermeister Raoul Schmidt-Lamontain nicht nur Versprechungen, sondern zügig Taten. Schließlich erklärte er in der letzten Stadtratssitzung vollmundig, dass die Verwaltung bei Genehmigungen ihren Ermessensspielraum jetzt maximal im Sinne der Gastronomen ausnutzen möchte.“ – Manchmal hilft ein wenig Druck: Aktuell werden Optionen neu geprüft.



Bisher durften hier Sonnenliegen stehen. Nach einem Verbot wird aktuell zumindest ein Kompromiss mit mobilen Aufbauten geprüft.

INHALT / SEITE 2

➤ Postenschachern im Rathaus

INHALT / SEITE 3

➤ Alte Herkuleskeule erhalten

INHALT / SEITE 4

➤ Dresden im Corona-Modus

Postenschachern im Rathaus

FDP-Fraktion kritisiert das Vorgehen von CDU, Grünen, Linken und SPD bei der Besetzung der Personalie des Bildungsbürgermeisters. Denn während ein Drittel des Rates von der politischen Agenda ausgeschlossen wird, schustern sich die anderen die Posten zu.

Seit der Berufung von Hartmut Vorjohann zum sächsischen Finanzminister ist in der städtischen Beigeordnetenriege ein Platz frei: Der Posten des Bildungsbürgermeisters muss neu besetzt werden. Alle weiteren Bürgermeister werden regulär 2022 neu gewählt. Bereits jetzt ist jedoch eine Debatte um alle Posten entbrannt, die wie schon 2015 die vier Fraktionen von CDU, Grünen, Linken und SPD ganz selbstverständlich unter sich aufteilen. Was heißt: Sie haben das Vorschlags-

recht für die Personalien, wählen sich gegenseitig und schachern sich so erneut die Bürgermeisterposten zu. „Ich akzeptiere dieses Vorgehen nicht. Es geht CDU, Grünen, Linken und SPD nur darum, sich Pfründe zu sichern“, kritisiert Holger Zastrow, Fraktionschef der Liberalen im Stadtrat. „Wir beanspruchen eine ordentliche Beteiligung an der politischen Agenda. Die Ausgrenzung ist ein Rückfall in alte Zeiten. Ein paar kungeln die Posten unter sich aus. Zumal außer den

Grünen hier nur Wahlverlierer am Verhandlungstisch sitzen.“ Besonders prekär: Die FDP trennt mittlerweile nur noch ein Sitz von der SPD im Stadtrat, dennoch haben die Sozialdemokraten weiterhin einen Anspruch auf das Vorschlagsrecht eines Beigeordneten – weil es beim letzten Mal ja auch so war.

Für Holger Zastrow geht es nicht darum, dass ein Posten für die FDP herauspringt, der Fraktionsvorsitzende fordert aber die Beteiligung.

„Wir sind kein Alibi-Gesprächspartner für oberflächliches Geplänkel. Gerade wegen der unklaren Mehrheiten im Stadtrat und der gespaltenen Gesellschaft passt es nicht in die Zeit, ein Drittel des Stadtrates außen vor zu lassen. Es geht vor allem darum, Experten zu finden und das auch unabhängig vom Parteibuch. Es braucht Personalien, die auch die Mehrheit des Rates hinter sich haben.“ So wäre für die FDP-Fraktion auch ein überparteilicher Fachmann denkbar.



Mit professioneller Hilfe aus der Krise: Städtisches Klinikum bekommt Betriebskonzept

Nach dem erneut desaströsen Jahresergebnis 2019 soll nun gemeinsam mit der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Ernst & Young GmbH ein wirtschaftlich tragfähiges medizinisches Betriebskonzept für das Städtische Klinikum Dresden erstellt werden.

Zu lange hat man sich im Städtischen Klinikum darauf verlassen, dass ein städtischer Eigenbetrieb schon von der Stadtkasse aufgefangen wird. Verluste im Millionenbereich jährlich und ein aktueller Kassenkreditrahmen von 85 Millionen Euro sind das Ergebnis seit der Fusion der Krankenhäuser 2017. Wirtschaftlich ist es damit das schlechteste Krankenhaus in Sachsen.

Die mit der Zusammenlegung der Kliniken Neustadt und Friedrichstadt beschlossenen Maßnahmen zur Verbesserung von Organisationsstrukturen oder Optimierung der ärztlichen Versorgung sind unter Rot-Rot-Grün nicht mit dem notwendigen Nachdruck durchgeführt worden, in den vergangenen



Endlich auf dem richtigen Weg?
Das Städtische Klinikum bekommt Unterstützung von Ernst & Young.

Jahren sogar nahezu stagniert. Auch hat die Sozialbürgermeis-

terin Dr. Kristin Klaudia Kaufmann keinen wirklichen Sanie-

rungsplan vorlegen können. Als Konsequenz aus der anhaltenden negativen wirtschaftlichen Lage des Eigenbetriebes zieht die Stadt nun die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Ernst & Young GmbH zu Rate, um die Unternehmensentwicklung weiterzuführen und zu konkretisieren.

Diese Entwicklung bewertet der gesundheitspolitische Sprecher Christoph Blödner positiv: „In der aktuellen Situation mit den hohen Verlusten werden die Nachteile eines städtischen Eigenbetriebes deutlich. Es gab große Versäumnisse nach der Fusion des KH Friedrichstadt und des KH Neustadt, einzelne Bereiche zusammenzulegen und strukturelle Verbesserungen vorzunehmen. Dies

gilt es jetzt nachzuholen und das Klinikum besser aufzustellen. Mit dem neuen Kaufmännischen Direktor und dem Einsatz einer externen Beratung sowie der Arbeit im Gesundheitsausschuss wird es hoffentlich gelingen, die richtigen Weichenstellungen vorzunehmen. Eine verbesserte Struktur und mehr Effizienz führen zu besserer Behandlungsqualität und Mitarbeiterzufriedenheit und letztlich dazu, dass das Klinikum wieder in die schwarzen Zahlen gelangt.“

Neben einem ersten Gutachten werden das medizinische Leistungsportfolio definiert, Umsetzungszeiträume festgelegt und erste richtungsweisende Abschätzungen zur Wirtschaftlichkeit kalkuliert.

KURZNACHRICHTEN

Kommt die Sanierung der Königsbrücker?

Alle 3.000 Einwände zur aktuellen Planung des Areals zwischen Albertplatz und Stauffenbergallee sind abgearbeitet. Wenn die Stadt im Zuge der Ausschreibung nun schnell geeignete Firmen für den Umbau findet, könnte laut Baubürgermeister Schmidt-Lamontain der Ausbau 2021 beginnen. Auch wenn es sich hier nicht um die Vorzugsvariante der FDP-Fraktion handelt, zählt nach mehr als 15 Jahren Diskussion um die Königsbrücker Straße für die Liberalen nur noch der schnelle Baubeginn.

Altmarktsanierung unverhältnismäßig teuer

Lange hat der Stadtrat die notwendige Sanierung des Altmarktes aufgrund fehlerhafter Drainagesysteme diskutiert und die Kosten abgewogen. Um den Platz barrierefrei zu gestalten, sollten Hauptachsen mit geschnittenem Pflaster neu verlegt werden. Eine Definition dieser Wegebeziehungen schien aber unmöglich. Der Rat entschied sich entgegen der Stimmen der FDP-Fraktion für ein ganzheitlich geschnittenes Pflaster mit – nicht nur in der Krise – unverhältnismäßig hohen Mehrkosten.

Vier verkaufsoffene Sonntage gefordert

Im Dezember beschloss der Stadtrat mit den Stimmen der FDP-Fraktion das Offenhalten von Verkaufsstellen an Sonntagen aus besonderem Anlass 2020 für zumindest zwei Sonntage. Im Zuge der aktuellen Corona-Krise fordern die Liberalen im Dresdner Stadtrat nun die erneute Prüfung der Ausweitung des Beschlusses auf die gesetzlich möglichen vier verkaufsoffenen Sonntage. „Der Einzelhandel könnte so Umsatzeinbußen zumindest anteilig wieder einspielen“, argumentiert der Fraktionsvorsitzende Holger Zastrow.

Freistaat fördert Straßenrückbau – Albertstraße als einziges von 30 Projekten bewilligt

Von 30 durch die Stadt Dresden beantragten Straßenbauprojekten bewilligte der Freistaat die Fördermittel für genau ein Projekt: die Albertstraße. „Wir werden uns alle nicht bewilligten Vorhaben auf den Tisch legen lassen und die Verhältnismäßigkeit der Entscheidung untersuchen“, kommentiert Holger Zastrow. „Dass man sich bei immer knapper werdenden Mitteln für eines der umstrittensten Projekte entschieden hat, irritiert sehr. Der Rückbau der Albertstraße ist allerdings ein Prestigeobjekt von Rot-Rot-Grün. Vielleicht liegt

es daran, dass man das wenige verfügbare Geld jetzt dafür ausgeben will anstatt für wesentlich dringlichere Aufgaben wie die überfällige Erweiterung des Elberadweges, die Anordnung eines Radweges an der Königsbrücker Straße im Bereich des Industriegeländes oder ein Radweg an der Bautzner Straße im Bereich der Mordgrundbrücke. Stattdessen widmet man sich einem Bereich, der die Situation für Radfahrer verhältnismäßig wenig verbessert, den Individualverkehr jedoch deutlich einschränkt“, so Zastrow weiter.

Herkuleskeule als Vorzeigeobjekt – der Abriss wäre ein Vergehen am Stadtteil

Die Landeshauptstadt plant den Abriss des DDR-Gebäudeensembles am Sternplatz 1, besser bekannt als ehemalige Spielstätte der Herkuleskeule. Dagegen regt sich Widerstand.

Gemeinsam mit Anwohnern, Anliegern und einzelnen Stadtbezirksbeiräten aus der Altstadt hat die FDP-Fraktion eine e-Petition für den Erhalt und die Sanierung des Stadtteilzentrums am Sternplatz 1 („Alte Herkuleskeule“) auf den Weg gebracht.

Als ehemalige Spielstätte des Kabarets „Herkuleskeule“ dürfte der Gebäudekomplex zwischen Budapester und Ammonstraße in Dresden wohl einmalig sein. Theater, Restaurants, Kaufhalle und Gewerberäume prägten lange das Bild der noch erhaltenen DDR-Wohngebietsarchitektur aus den 1960er Jahren: Für Jahrzehnte der Wohngebietsmittelpunkt ist das Areal zum Identifikationsort für viele Dresdner aber auch Gäste geworden.

Bis der Abriss beschlossen wurde und Gewerbetreibende nach und nach auszogen.

„Wir haben den Kulturpalast erfolgreich rekonstruiert, für den Fernsehturm erarbeiten wir ein Sanierungskonzept“, so Holger Zastrow, „und ebenso ist die Herkuleskeule ein wichtiger Zeuge ostdeutscher Baukultur, der dem Abrisswahn vor 10 Jahren zum Glück nicht zum Opfer gefallen ist. Es wäre ein grober Fehler, das wegzuwischen. Die Menschen identifizieren sich mit dem Areal, sie fordern den Erhalt und nehmen ihre Möglichkeit der Bürgerbeteiligung wahr. Das unterstützen wir! Hier kann ein Vorzeigeprojekt entstehen, ein Nachbarschafts- und Stadtteilzentrum, das Platz für Gewerbetreibende, für Unternehmensgründer, für

Kultur und Kreative bietet, aber auch die Nahversorgung sichert.“

Aus diesem Grund war die FDP-Fraktion auch Mitinitiator der aktuell laufenden Petition für den Erhalt und gegen den millionenschweren Abriss, den der Baubürgermeister Schmidt-Lamontain aktuell plant. Er will das Areal vornehmlich der WiD zukommen lassen und einen Teil für eine Bauherrengemeinschaft vorsehen. Fragwürdig ist, ob dann die Nahversorgung mit Waren des täglichen Bedarfs, mit Bäcker, Fleischer Friseur und einem Restaurant, in dem ein preisgünstiges Mittagessen angeboten wird, wieder gewährleistet sein wird.

Die FDP-Fraktion hat nun einen Ersetzungsantrag eingereicht, der

demnächst im Stadtrat diskutiert wird. Denn mit dem Erhalt des Gebäudeensembles, erhält sich Dresden auch einen Teil der eigenen urbanen Biografie – nicht nur aufgrund der gesellschaftspolitischen und stadgeschichtlichen Bedeutung als Spielstätte der Herkuleskeule, sondern auch bauhistorisch als Zeitzeuge der städtebaulichen Leitung der Architekten Herbert Schneider und Kurt Röthig (u. a. Scheune, Palucca-Schule, Altmarkt).



FDP-Fraktion kämpft um Erhalt von Parkplätzen bei der verkehrlichen Neuordnung der Wernerstraße

Ein FDP-Antrag fordert die Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur an der Wernerstraße – neben der Einordnung von Radverkehrsanlagen sollen vor allem die Parkplätze für die Anwohner erhalten bleiben



Nach dem Umbau der Zentralhaltestelle Kesselsdorfer Straße schien die Wernerstraße als neu entstandene Hauptverbindungsstrecke zwischen Lübecker Straße und Columbusstraße von den Verkehrsplanern vergessen. Mit dem Antrag zu Radwegen auf der Wernerstraße und Verlagerung der

Parkplätze auf den überbreiten Fußweg hatte die FDP-Fraktion eine schnelle praktikable Lösung beantragt. Diese sorgt für mehr Sicherheit und gleichzeitig werden die für die Anwohner so wichtigen Parkplätze erhalten. Leider wurde der Ursprungsantrag von Grün-Rot-Rot mit den Stimmen der CDU

durch einen weitergehenden Beschluss ersetzt. Dadurch kommen viele zusätzliche Themen hinein, die einer schnellen Lösung entgegenstehen und – zumindest vorübergehend – mit fehlenden Parkmöglichkeiten für die Anwohner kalkuliert. Die FDP-Fraktion fordert hier klar Prioritätensetzung:

„Analog den Parkbuchten auf der Kesselsdorfer Straße könnten Parkplätze durch Absenkung der Bordsteine unkompliziert und zügig von der Fahrbahn in die überbreiten Fußwege verlagert und Radwege somit direkt auf der Fahrbahn markiert und genutzt werden“, so Stadtrat Christoph Blödner.

KURZNACHRICHTEN

Dresdner Gastronomie in Existenznot – FDP-Fraktion fordert schnelle Lösungen

Nachdem die ersten Lockerungen in Kraft treten und kleinere Geschäfte wieder öffnen dürfen, bleibt die Gastronomie weiter geschlossen. Die FDP-Fraktion im Dresdner Stadtrat fordert nun umgehend die Prüfung, inwieweit zumindest die Freisitze wieder geöffnet werden dürfen. Dazu erklärt Robert Malorny, Stellvertretender Fraktionsvorsitzender und wirtschaftspolitischer Sprecher: „Wir unterstützen den Vorschlag der Stadt zum Erlass der Sondernutzungsgebühr für Freischankflächen und Warenauslagen. Wir fordern

die Verwaltung aber gleichzeitig auf, die Öffnung von Freisitzen der Dresdner Gastronomen zu prüfen, wenn entsprechende Abstandsregeln und Hygienevorschriften eingehalten werden. Weniger Sitzplätze mit entsprechendem Abstand zwischen den Tischen wäre eine erste Option. Solche Regelungen könnten vielen Gastronomiebetrieben die Existenz sichern und Ausfälle zumindest teilweise abfangen. Auch für diesen so wichtigen Wirtschaftszweig gilt es nun, eine schnelle praktikable Exitstrategie zu finden.“

Parkplätze zu moderaten Gebühren

In der Innenstadt werden permanent Parkplätze gestrichen. Der Baubürgermeister plant nun auch noch eine exorbitante Erhöhung der Parkgebühren. Gegen eine moderate Erhöhung im Innenstadtdistrikt ist aus Sicht der FDP-Fraktion nichts einzuwenden, allerdings sollte hier mit Augenmaß gehandelt werden, da auch der ansässige Handel, Gewerbetreibende und nicht zuletzt die Gastronomie von Gästen abhängig sind, die ihre Wege mit dem Auto zurücklegen und auf Parkmöglichkeiten angewiesen sind.

Grüne schieben Corona-Krise vor, um die Sanierung des Fernsehturms zu verhindern

Weil der Oberbürgermeister die bereits im Oktober unterzeichnete Absichtserklärung von Stadt, Land, Bund und Deutscher Funkturm GmbH jetzt in Krisenzeiten als Stadtratsvorlage eingebracht hat, stellt die Fraktion der Grünen die gesamte Revitalisierung des Fernsehturmes in Frage. „Es werden zahlreiche Projekte auf den Prüfstand gehoben werden müssen, um den Haushalt der Landeshauptstadt einigermaßen schadenfrei durch die nächste Zeit zu bringen. Aber die Sanierung des Fernsehturms sollte nicht dazu

gehören. Die Finanzierung ist beschlossen und ein Großteil wird von Bund und Land gefördert. Der Vorstoß der Grünen ist frech und absolut ungerechtfertigt, denn sie versuchen die derzeitige Lage auszunutzen, um ein aus ihrer Sicht schon immer ungeliebtes Projekt doch noch zu kippen. Die Planung zur Revitalisierung inkl. verkehrliche Erschließung ist im Gegensatz zur Robotronkantine beispielsweise bereits weit fortgeschritten“, erklärt der Vorsitzende der FDP-Fraktion Holger Zastrow kämpferisch.

Dresden in Zeiten von Corona – ein liberaler (Weit-)Blick zur Krise

Es wird Zeit für eine Exitstrategie in allen Bereichen

Die Zahlen in Dresden sind entgegen aller anfänglichen Prognosen außerordentlich moderat, erste Lockerungen sind bereits in Kraft getreten, denn die Dresdnerinnen und Dresdner haben sich in ihrer übergroßen Mehrheit selbst bei bestem Ausflugswetter vorbildlich an Abstandsgebote gehalten und ertragen die Einschränkungen bislang mit großer Geduld und Disziplin. Für Holger Zastrow, Fraktionsvorsitzender der FDP im Dresdner Stadtrat spricht also alles dafür, weitere Einschränkungen zurückzunehmen und wieder mehr Verantwortung in die Hände der Bürger selbst zu legen.

Schon früh forderte die FDP-Fraktion die Öffnung kleiner Einzelhandelsgeschäfte, von Bau- und Gartenmärkten. Auch sollte geprüft werden, welche weiteren Orte unter der Maßgabe von Abstandsgeboten und Regeln der Hygiene zudem öffnen könnten. „Nachdem nun auch Zoo, Museen und Panometer unter Auflagen öffnen konnten, muss es schnell eine Strategie für Gastronomie und Tourismuswirtschaft geben. In ein paar Tagen dürfen sie wieder öffnen. Endlich! Vielerorts unklar ist aber noch, unter welchen Bedingungen genau. Ich hoffe, dass

die Politik mit Augenmaß und Gefühl für die Lebenswirklichkeit entscheidet. Denn zu pauschale und zu strenge Auflagen erzeugen neue Probleme. Gastronomen müssen die Chance erhalten, die notwendigen Umsätze auch zu erwirtschaften, um die nun wieder in voller Höhe anfallenden Kosten zu decken.“ Die FDP-Fraktion legte hierfür einen Zehn-Punkte-Plan vor, in dem sie unter anderem eine Anpassung der Sondernutzungssatzung und die Unterstützung der Club- und Eventkultur fordert.

Zastrow erinnert aber auch daran, dass es nicht Aufgabe der Politik sei, immer nur vom schlimmsten beziehungsweise allerschlimmsten Fall auszugehen. „Vielmehr ginge es um ein realistisches Abwägen um sowohl wirksame als auch angemessene Maßnahmen zu definieren. Es liegt die Vermutung nahe, dass etliche Einschränkungen nicht nur am Rande der Verfassungsmäßigkeit liegen, sondern auch Nebenwirkungen erzeugen, die womöglich sogar schwerer wiegen als das Corona-Virus selbst. Es ist ethisch genauso verwerflich zuzusehen, wie aufgrund womöglich überzogener Maßnahmen in der Gesellschaft massive wirtschaftliche und soziale Probleme entstehen. Außerdem wird es höchste Zeit, die Frage der Angemessenheit von Maßnahmen im demokrati-

schen Diskurs zu besprechen“, so Zastrow weiter.

Die Auswirkungen der Pandemie auf den städtischen Haushalt

Corona und der Shutdown werden erhebliche Auswirkungen auf den städtischen Haushalt haben. Es ist absehbar, dass Steuereinnahmen massiv sinken werden. Gleichzeitig entstehen hohe zusätzliche Kosten im Umgang mit der Krise. So hat das sowieso schon schwer angeschlagene städtische Klinikum nun auch noch mit Ausfällen bspw. ursprünglich geplanter OPs in Millionenhöhe monatlich zu kämpfen. Auf der anderen Seite sind eher geringe Einsparungen, unter anderem durch den Ausfall von Veranstaltungen der Stadt oder geförderter Träger, zu erwarten. Die tatsächlichen Auswirkungen sind allerdings noch vollkommen unklar.

Der Finanzbürgermeister hat eine Haushaltssperre erlassen, genauere Planzahlen werden erst mit der Steuerschätzung Mitte Mai folgen. „Es wird ein Maßnahmenpaket geben müssen, welches neben der Fortführung einzelner Investitionen eine Vielzahl von Einschnitten bei freiwilligen Leistungen der Stadt vorsehen muss. Ob man in diesem und im nächsten Jahr mit



Gesunder Abstand – Die FDP-Fraktion sagt ja, fordert aber die Prüfung der Angemessenheit von Maßnahmen

der Kurzfristigkeit und der Intensität der Krise einen ausgeglichenen Haushalt erreichen kann, erscheint fraglich. Daher werden wir in den nächsten Wochen diskutieren müssen, ob befristete Varianten für den Ausgleich des Haushaltes notwendig sind. Denn es ist auch klar, dass die aktuelle Schuldenfreiheit die Grundlage für die Handlungsoptionen der Stadt darstellt. Sollten

kurzfristige Schulden zur Finanzierung und Sicherung der Pflichtaufgaben erforderlich sein, dürfen diese nur befristet sein und müssen in einem festgesteckten engen Zeitrahmen wieder abgebaut werden“, kommentiert Christoph Blöndner, finanzpolitischer Sprecher der FDP-Fraktion, die aktuelle Lage.

IMPRESSUM

Herausgeber

Die Freie Dresdner Ratsdepesche wird herausgegeben von der FDP-Fraktion im Dresdner Stadtrat und den Stadträten Christoph Blöndner, Franz-Josef Fischer, Holger Hase, Robert Malorny und Holger Zastrow.

Kontakt

FDP-Fraktion im Stadtrat der Landeshauptstadt Dresden (www.fdp-fraktion-dresden.de) Rathaus, Dr.-Külz-Ring 19, 01067 Dresden Tel. 488 1035, Fax 488 1034 E-Mail fdp-fraktion@dresden.de

Redaktion

Maren Marzilger (V.i.S.d.P.)

Gesamtherstellung:

SDV Direct World GmbH

Bildnachweise

Fraktionsarchiv, Karsten Prauße, Petra Hornig, Holger Zastrow

Diese Druckschrift ist eine Information über die Arbeit der FDP-Stadtratsfraktion und darf nicht zur Wahlwerbung verwendet werden.

ABONNEMENT

Sie wollen die Ratsdepesche direkt nach Hause, dann schreiben oder rufen Sie uns an

fdp-fraktion@dresden.de
Telefon 0351 4881035



FRANZ-JOSEF FISCHER
EIN FREIER BLICK

HEUTE:

Die Zeit der Scheingefechte, oder: Wie arbeitet der Stadtrat in coronafreien Zeiten

Ich erlaube mir diese Zeilen, weil ich seit 21 Jahren Stadtrat in Dresden bin und als Freier Bürger schon immer einen freien Blick auf das Geschehen hatte. Ich begann meine Arbeit 1999 unter der starken Domäne der CDU, samt Oberbürgermeister konnten sie fast al-

lein regieren. Das Kampfesmotto hieß: Mitte gegen Links.

Nun haben sich aber die Verhältnisse verändert, die etwas hochnäsige und regierungsmüde CDU verlor ihre Mehrheitsmöglichkeiten und musste seit 2014 zuschauen, wie ein Bündnis Rot-Grün-Rot zum Gegenangriff ausholte. Elementare demokratische Regeln wurden einfach übersehen und weggelassen, die Sachpolitik kam in den Hintergrund, es dominierte die Parteipolitik. Fünf Jahre dauerte dieser Prozess, aber die Bürger der Stadt durchschauten die Spielregeln nicht, protestierten aus dem Bauch heraus und so kam das nächste Wahlergebnis zustande. Eigentlich gibt es seit 2019 keine Mehrheit mehr für RGR, aber die Stimmen sind dennoch fast gleich verteilt. So kann die Stimme des Oberbürgermeisters eine Abstimmung entscheiden. Oder unberechenbares Fehlen durch Krankheit führt zu absurden Abstimmungsergebnissen. Und noch etwas ist auffällig: Die AfD ist drittstärkste Kraft im Stadtrat. Soll

Der Stadtrat tagte im April im Corona-Modus in der Messe Dresden



man nun mit ihr abstimmen oder nicht? Ständige Beschimpfungen aus der linken Ecke stören die nötige Harmonie für größere Entscheidungen. Man soll ja nicht mit Mitgliedern der AfD reden! Wie dann aber Politik machen? Vor uns steht der nächste Haushaltplan der Stadt, es kommen nach Corona riesige und noch nicht überschaubare Herausforderungen auf uns zu. Packen wir das, wenn wir nur über Kleinkram re-

den? Oder gar nicht miteinander reden? Stellen wir unsere Scheingefechte ein und zeigen lieber den Bürgern unserer Stadt, dass uns das Wohl der Stadt über den Parteienstreit hinweg wichtiger ist!

Das meint

Franz-Josef Fischer